

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Kai Gehring, Ottmar von Holtz, Omid Nouripour,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/14111 –**

Ein Kompass in unruhigen Zeiten – Friedensforschung als Grundlage der Politik stärken

A. Problem

Die antragstellende Fraktion macht darauf aufmerksam, dass der Wissenschaftsrat in seinen Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Friedens- und Konfliktforschung vom 12. Juli 2019 in wichtigen Bereichen Handlungsbedarf sieht, auch wenn das Feld in Forschung und Lehre grundsätzlich gut aufgestellt sei. Forschungserkenntnisse über aktuelle oder sich abzeichnenden Konflikte und Dynamiken sind im Sinne einer Außenpolitik unter dem Primat der zivilen Krisenprävention von großem Wert. Hier gibt es weiterhin erheblichen Erkenntnisbedarf, beispielsweise in den Forschungsbereichen der Vergangenheitsbewältigung, Übergangsgerechtigkeit, Genozidforschung und Präventionsarbeit. Die Deutsche Stiftung Friedensforschung nimmt in diesem Bereich seit dem Jahr 2000 eine zentrale Rolle ein. Die Erfüllung ihrer Aufgaben wird allerdings zunehmend schwieriger, da die Stiftung unter einer erheblichen Unterfinanzierung leidet.

B. Lösung

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht vor, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, die Friedens- und Konfliktforschung entlang den aktuellen Empfehlungen des Wissenschaftsrats weiterzuentwickeln. Dabei soll die Bundesregierung insbesondere die Profilbildung des Forschungsfeldes unterstützen, indem sie die überregionale, europäische und internationale Vernetzung der einzelnen Wissenschaftseinrichtungen durch eine Förderinitiative und damit eine institutionsübergreifende Schwerpunkt- und Strategiebildung ermöglicht. Zudem soll die Deutsche Stiftung Friedensforschung kurzfristig bezuschusst und das Stiftungskapital entsprechend der Empfehlungen des Wissenschaftsrates mittelfristig auf mindestens 50 Millionen Euro erhöht werden.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/14111 abzulehnen.

Berlin, den 7. Oktober 2020

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Dr. Ernst Dieter Rossmann
Vorsitzender

Yvonne Magwas
Berichterstatterin

René Röspel
Berichterstatter

Dr. Michael Ependiller
Berichterstatter

Dr. h. c. Thomas Sattelberger
Berichterstatter

Nicole Gohlke
Berichterstatterin

Kai Gehring
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Yvonne Magwas, René Röspel, Dr. Michael Ependiller, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Nicole Gohlke und Kai Gehring

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/14111** in seiner 146. Sitzung am 13. Februar 2020 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betont, dass die Friedens- und Konfliktforschung einen wichtigen Beitrag zum Verständnis und zur Lösung gewaltsamer Konflikte, zur Gewaltprävention und der Wahrung des Friedens leiste. Insbesondere die Politik der Bundesregierung profitiere international, aber auch im Inneren, von den Ergebnissen der praxisbezogenen und Grundlagenforschung des Feldes. Es sollte der Regierung selbst daran gelegen sein, beste Bedingungen für dieses Forschungsfeld zu schaffen.

Der Wissenschaftsrat habe in seinen Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Friedens- und Konfliktforschung vom 12. Juli 2019 festgestellt, dass das Feld in Forschung und Lehre grundsätzlich gut aufgestellt sei, doch in wichtigen Bereichen Handlungsbedarf bestehe. Gerade wenn etablierte Verfahren der multilateralen Zusammenarbeit infrage gestellt würden, sich regionale Konflikte zu Dauerkrisen mit weltweiten Folgen entwickelten und die globalen Rüstungsausgaben weiter stiegen, müsse auch forschungspolitisch gehandelt werden.

Wissenschaft und Politik stünden dabei immer wieder vor neuen Herausforderungen. Die Klimakrise setze weltweit Gesellschaften durch den Verlust von Lebensgrundlagen unter Druck, knapper werdende natürliche Ressourcen heizten Konflikte an und erstarkende nationalistische Bewegungen stellten internationale Institutionen und Abkommen zur Friedenssicherung infrage.

Im Sinne einer Außenpolitik unter dem Primat der zivilen Krisenprävention seien Forschungserkenntnisse über aktuelle oder sich abzeichnenden Konflikte und Dynamiken von sehr großem Wert. Hier gebe es weiterhin erheblichen Erkenntnisbedarf, beispielsweise in den Forschungsbereichen der Vergangenheitsbewältigung, Übergangsgerechtigkeit, Genozidforschung und Präventionsarbeit.

Um diese Herausforderungen bewältigen zu können, müssten die richtigen Förderinstrumente bereitgestellt werden. Hierbei nehme die Deutsche Stiftung Friedensforschung seit dem Jahr 2000 eine zentrale Rolle ein, die die Förderung von "Forschungsinnovation, Netzwerkbildung und Praxistransfer" in der Friedens- und Konfliktforschung verfolge. Die Erfüllung dieser Aufgaben werde allerdings zunehmend schwieriger, da die Stiftung unter einer erheblichen Unterfinanzierung leide.

Die Bundesregierung solle aufgefordert werden, die Friedens- und Konfliktforschung entlang den aktuellen Empfehlungen des Wissenschaftsrats weiterzuentwickeln und dabei insbesondere

- die Profilbildung des Forschungsfeldes zu unterstützen, indem sie u. a. die überregionale, europäische und internationale Vernetzung der einzelnen Wissenschaftseinrichtungen durch eine Förderinitiative stärkt und damit eine institutionsübergreifende Schwerpunkt- und Strategiebildung ermöglicht;
- die Deutsche Stiftung Friedensforschung zu stärken, indem sie die Stiftung u. a. kurzfristig bezuschusst und das Stiftungskapital entsprechend der Empfehlungen des Wissenschaftsrates mittelfristig auf mindestens 50 Millionen Euro erhöht, damit die Stiftung auch in Zukunft ihren Zielen Forschungsinnovation, Netzwerkbildung und Praxistransfer unabhängig von Zinsschwankungen nachkommen kann;

- die Forschungs- und Transferbedingungen zu verbessern, indem sie u. a. Laufzeiten und Förderumfang der von den Fachressorts geförderten Ressortforschungsvorhaben und Projekten in der Friedens- und Konfliktforschung anhebt sowie den Transfer von Wissen und Forschungserkenntnissen hin zu den politischen Akteuren und den relevanten Ressorts durch regelmäßige Konferenzen und andere Fachformate fördert. Gemeinsam mit den Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen soll eine Kartierung der Friedens- und Konfliktforschung initiiert werden, um die Sichtbarkeit der einzelnen Akteure gegenüber der Fachöffentlichkeit zu stärken. Zudem soll die Etablierung einer feministischen Außenpolitik wissenschaftlich unterstützt sowie die Forschung zum von der Bundesregierung selbst gewählten außenpolitischen Schwerpunkt „Frauen, Frieden, Sicherheit“ zur deutschen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat ausgebaut werden;
- die Internationalisierung des Feldes zu fördern, indem sie u. a. die internationalen Mobilitäts- und Qualifikationsprogramme für Studierende und Forschende aus (Post)Konfliktregionen ausbaut sowie die Auslandsmobilität inländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler weiter stärkt.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/14111 in seiner 65. Sitzung am 7. Oktober 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/14111 in seiner 66. Sitzung am 7. Oktober 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 19/14111 in seiner 61. Sitzung am 7. Oktober 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 19/14111 in seiner 61. Sitzung am 7. Oktober 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 7. Oktober 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellt dar, dass die Welt derzeit so unruhig und unsicher wie lange nicht mehr zu sein scheine und die Grundsätze des Multilateralismus von Nationalisten und „Politikkraftprotzen“ wie Trump, Putin und Bolsonaro weltweit in Frage gestellt würden. Die Klimakrise entfachte zudem zusätzliche Konflikte, und heize bewaffnete Konflikte an.

Darüber hinaus verweist die Fraktion auf die aktuelle Diskussion bei der Technikfolgenabschätzung über autonome Waffensysteme, die eine neue Art von Kriegsführung ermöglichen. Aus diesem Grund brauche es dringend eine Außenpolitik mit klarem werte- und wissenschaftsgeleitetem Kompass. Hierfür sei eine Stärkung der Friedensforschung notwendig.

Viele der aktuellen Konflikte würden zwar neu und unbekannt erscheinen, die Ursachen seien jedoch tief in gesellschaftlichen Strukturen verankert. Auch geopolitische Verschiebungen oder globale Klima- und Umweltveränderungen seien dafür ursächlich. An dieser Stelle leiste die deutsche Friedens- und Konfliktforschung einen

unschätzbaren Beitrag zum Verständnis der Lösung gewaltsamer Konflikte. Der Wissenschaftsrat habe sich dieses Forschungsfeld intensiv angeschaut und bescheinigt, dass die Friedens- und Konfliktforschung auf Spitzenniveau betrieben werde.

Erkenntnisse und Ergebnisse der Friedens- und Konfliktforschung sollten noch stärker in die praktische Politik übersetzt werden, wo internationale Friedenspolitik aktiv vorangebracht werden könne. Der Wissenschaftsrat habe diesbezüglich einige sehr gute Vorschläge gemacht. Bedauerlicherweise habe die Bundesregierung dieses Forschungsfeld in den letzten Jahren stiefmütterlich behandelt. Auch wenn an einigen Stellen zusätzliche Mittel für die Friedens- und Konfliktforschung bereitgestellt würden, reiche dies im Hinblick die internationale Lage nicht aus. Insbesondere die Arbeit der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) gelte es zu finanzieren und abzusichern.

Mit dem Antrag wolle man eine Vernetzung der Forschungseinrichtung voranbringen, naturwissenschaftliche und technische Expertise in Friedens- und Abrüstungsforschung sowie Forschung zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Extremismus und Deradikalisierung stärken und den Zusammenhang von Klimakrise und Konflikten genauer untersuchen. Auch müssten – wie vom Wissenschaftsrat beschrieben – die Arbeitsbedingungen in diesem Forschungsfeld verbessert werden. Der Bund sollte hier eine aktivere Rolle übernehmen und sich nicht hinter den Ländern verstecken, wo bereits viel für die Friedensforschung getan worden sei, beispielsweise in Hamburg.

Schließlich würde die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN es begrüßen, wenn man zu so einer wichtigen Wissenschaftsratsempfehlung in einem zweiten Schritt fraktionsübergreifend Anträge formulierte, um die Friedens- und Konfliktforschung zu stärken.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellt dar, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Antrag im Wesentlichen die Empfehlungen des Wissenschaftsrats vom Juli 2019 aufgreife, aber in einigen Punkten über die genannten Empfehlungen auch deutlich hinausgehe.

Die Fraktion der CDU/CSU bemängelt, dass einige der geforderten Maßnahmen in einem etwas losen Zusammenhang mit dem Forschungsfeld der Krisen- und Konfliktforschung stünden. Als CDU/CSU-Fraktion befürworte man die Friedensforschung und wolle den weltweiten Austausch von Ideen und Perspektiven aus diesem Forschungsfeld auch unterstützen. Der Antrag sei gut gemeint, aber nicht immer gut gemacht. Zudem benenne er Punkte, die das BMBF bereits angehe oder plane. So werde im Antrag eine überregionale und internationale Vernetzung durch eine Förderinitiative, die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Disziplinen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie zwischen Bildungs- und Kultureinrichtungen gefordert. In diesem Bereich sei das BMBF bereits tätig geworden. Es gebe eine Förderbekanntmachung mit dem Namen „Stärkung und Weiterentwicklung der Friedens- und Konfliktforschung“, die im September veröffentlicht worden sei und die auf die Stärkung der wissenschaftlichen Vernetzung abziele. Auch die zusätzliche Stärkung der Deutschen Stiftung Friedensforschung sei ein zentrales Anliegen des BMBF. Mit Zuwendungen im Rahmen der Projektförderung sollen diese Mittel erhöht werden. Darüber hinaus habe das Auswärtige Amt weitergehende Unterstützung in Höhe von jeweils 1,5 Millionen Euro für dieses und die nächsten drei Jahre zugesagt, was eine deutliche finanzielle Aufstockung darstelle. Man werde den Antrag daher ablehnen.

Die **Fraktion der AfD** erklärt, man sei gegen eine Aufstockung der Mittel für die Deutsche Stiftung Friedensforschung. Bei dieser kritisiere man die Regierungstreue der Wissenschaftler, was auch mit der Konstruktion der Stiftung zusammenhänge. Es sei wichtig, dass auch auf diesem Gebiet politische Unabhängigkeit bestehe. Aus diesem Grund sei es richtig, dass die Finanzierung der Stiftung über verschiedene Quellen erfolge, insbesondere auch über die Länder.

Darüber hinaus weist die AfD-Fraktion darauf hin, dass bei der Friedensforschung als wissenschaftlicher Disziplin schon länger der Vorwurf bestehe, einige der Wissenschaftler würden nicht immer mit wissenschaftlichen Methoden arbeiten. Den Vorwurf der mangelnden Wissenschaftlichkeit habe dieses Forschungsgebiet in Gänze noch nicht vollständig widerlegen können. Häufig würden politische Meinungen unter wissenschaftlicher Fassade wiedergespiegelt. Dafür spreche unter anderem die Konstruktion der Deutschen Stiftung Friedensforschung, die man im Grundsatz kritisiere.

Die Fraktion der AfD hält fest, dass die Friedensforschung keine Disziplin sei, bei der eine Mittelerhöhung gerechtfertigt sei, zumindest nicht über den Bund. Der Staat mache derzeit bei der Bewältigung der Corona-Krise Schulden in dreistelliger Milliardenhöhe. Auch im Forschungsbereich sollte man sich daher die Frage stellen, wie

man die richtigen Prioritäten setze. Hier priorisiere die AfD-Fraktion die MINT-Forschung, Medizin, Pharmakologie etc. gegenüber der Friedensforschung, weshalb man den Antrag ablehnen werde.

Die **Fraktion der SPD** widerspricht den geäußerten Vorwürfen gegenüber der Deutschen Stiftung Friedensforschung und verweist diesbezüglich auf das Gutachten des Wissenschaftsrates.

Die Fraktion erklärt, der vorliegende Antrag habe viele Gemeinsamkeiten mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen, den man vor drei Jahren beschlossen habe. Es sei ein Erfolg, dass der Wissenschaftsrat in seiner Begutachtung die Exzellenz der deutschen Friedens- und Konfliktforschung bescheinige. Die im Gutachten aufgezeigten Handlungsfelder greife der Antrag der Fraktion BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN auf.

Die SPD-Fraktion stellt dar, dass die im Antrag geforderte Profilbildung des Forschungsfeldes bereits von der Deutschen Stiftung Friedensforschung angegangen werde. Hier seien allerdings tatsächlich mehr Mittel notwendig.

Auch in Bezug auf die geforderten naturwissenschaftlichen und technischen Expertisen in der Friedens-, Konflikt- und Abrüstungsforschung sei man seit Jahren aktiv. Die Deutsche Stiftung Friedensforschung habe seit September 2018 eine Förderlinie „Neue Technologien“ ausgeschrieben und fördere sieben Projekte, u. a. Technikprozesse und Sicherheit im Weltraum, Arms Control Approaches to Nanotechnology, Algorithmen und künstliche Intelligenz als Gamechanger sowie moderne Waffensysteme zwischen Erwarten und Wirklichkeit. Hierbei werde deutlich, wie wichtig Friedens- und Konfliktforschung sei, die darauf angelegt sei, Frieden zu sichern und Kenntnisse darüber zu schaffen, wie möglicherweise Konflikte entstünden.

Man stehe hinter der Forderung, die Deutsche Stiftung Friedensforschung stärker finanziell zu unterstützen. Es sei zu begrüßen, dass das Auswärtige Amt von 2020 bis 2023 in Form von Zustiftungen über 6 Millionen Euro zur Verfügung stelle. Hier bestehe ein eigenes Interesse des Auswärtigen Amtes hinsichtlich der Handlungsweise dort Kenntnisse zu erlangen. Es wäre zu begrüßen, wenn sich auch das BMBF deutlich stärker mit Zustiftungen engagieren würde.

Bezüglich der im Antrag formulierten Forderung, landesfinanzierte Forschungseinrichtungen stärker zu unterstützen, weist die SPD-Fraktion auf das Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung hin, welches im letzten Jahr lediglich 41 000 Euro als Zuwachs erhalten habe. Diese Unterstützung sei noch ausbaufähig, was auch ein Appell an die Bundesländer unter Regierungsbeteiligung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei.

Die Kritik im Antrag an der Forschungslandkarte könne man nicht nachvollziehen. Die Forschungslandkarte zu Zentren der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland auf der Website der Deutschen Stiftung Friedensforschung sei gut gelungen und übersichtlich.

Abschließend hält die SPD-Fraktion fest, dass sie vielen Punkten im Antrag folgen könne, vieles sich aber bereits erledigt habe, weshalb man den Antrag ablehnen werde.

Die **Fraktion der FDP** stellt fest, der Antrag übernehme im Wesentlichen die Empfehlungen des Wissenschaftsrates. Man sei sich darüber einig, dass Friedens- und Konfliktforschung wichtig sei; nicht nur zur Betrachtung der internationalen Konflikte, sondern auch, um die internen Prozesse zu verstehen und darauf reagieren zu können, also die Erkenntnisse in den politischen Bereich zu transferieren. Auch habe der Wissenschaftsrat auf die nötige finanzielle Ausstattung hingewiesen.

Der PStS Dr. Meister habe in der parlamentarischen Debatte am 13. Februar 2020 die Umsetzung entsprechender Maßnahmen angekündigt. Im August 2020 sei die entsprechende Bekanntmachung einer Förderrichtlinie zur Förderung von Forschungsverbänden auf diesem Gebiet erfolgt. Laut Newsletter der Deutschen Stiftung Friedensforschung habe das Auswärtige Amt bereits in der ersten Jahreshälfte eine Zustiftung von 1,5 Millionen Euro überwiesen, verbunden mit der Ankündigung, dass diese in den folgenden drei Jahren jeweils in gleicher Höhe erfolgen sollte. Mithin bewege man sich bereits in die richtige Richtung.

Die FDP-Fraktion kritisiert die ideologische Überhöhung im Antrag. Man sei sich einig, dass Frauen im Hinblick auf Karrierechancen, aber auch um deren Potentiale und Talente der Gesellschaft zugutekommen zu lassen, gefördert werden sollten. Dies ideologisch in eine feministische Außenpolitik zu überhöhen, sei jedoch etwas überzogen und blauäugig, zumal es andere Gruppierungen nicht inkludiere, die auch gegen Diskriminierung geschützt

werden sollten. Da wäre es konsequenter, generell eine diversitätsorientierte Außenpolitik zu fordern. Daher werde man sich beim Antrag enthalten.

Die **Fraktion DIE LINKE.** begrüßt die Initiative der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es sei wichtig, den Aufwuchs für die Friedens- und Konfliktforschung im Verhältnis zu dem Aufwuchs des Verteidigungsetats im Blick zu behalten. Hier sei noch etwas Nachholbedarf bei der Friedens- und Konfliktforschung festzustellen.

Die Friedens- und Konfliktforschung biete einen hohen Anwendungsnutzen in der Erkennung und Bewertung globaler Konfliktrisiken sowie in den Auswirkungen auf Europa. Einige der im Antrag neu aufgeworfenen Themenfelder lieferten gute neue inhaltliche Impulse und vertieften auch richtige Standpunkte. Hierbei seien insbesondere die Betonung der postkolonialen Perspektive und die systematische Einbeziehung der Folgen des Klimawandels in die Konfliktforschung wesentliche Ansätze. Richtig seien auch die Forderung nach einer inflationsangepassten Erhöhung des Etats und die geforderte Ausweitung der Projektlaufzeiten.

Der Antrag habe jedoch auch einige Schwachstellen. Wenn man sich grundlegend mit der Deutschen Stiftung Friedensforschung befasse, müsse man auch über die Entscheidungsgremien reden. Es sei problematisch, dass die Bundesregierung vier der Mitglieder im Stiftungsrat bestimmen und damit auch über die Ausrichtung der Friedensforschung mitentscheiden könne. Auch im Zusammenhang mit ziviler Krisenprävention wären deutlich größere Anstrengungen wünschenswert, die einer Normalisierung von Kriegen entgegenwirkten.

Im Hinblick auf die Forderung, dass die Stiftung in die Extremismusprävention eingeschaltet werden solle, merkt die Fraktion DIE LINKE. an, dass die Erwartungen hieran genauer definiert werden müssten, auch in Bezug auf den Fokus der Forschung. Dies zeigten die vielen unterschiedlichen Skandale beim Verfassungsschutz und den Sicherheitsbehörden im Verlauf der letzten Jahre. An dieser Stelle sollte ein klarer Fokus auf Erscheinungsweisen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und auf den politischen Rechtsextremismus, als größte Bedrohung der Demokratie, liegen.

Da der Antrag viele unterstützenswerte, aber auch einige zu kritisierende Aspekte beinhalte, werde man sich enthalten.

Die **Bundesregierung** weist darauf hin, dass sie eine Förderrichtlinie zur internationalen, interregionalen und interdisziplinären Vernetzung der Friedens- und Konfliktforschung auf den Weg gebracht habe, wofür 30 Millionen Euro zur Verfügung stünden. Darüber hinaus habe sich das Auswärtige Amt dazu bekannt, in der Zeit von 2020 bis 2023 insgesamt 6 Millionen Euro der Deutschen Stiftung Friedensforschung zuzustiften.

Des Weiteren seien Mittel im Rahmen der Projektförderung im Etat des BMBF zur Verfügung gestellt worden, um dafür zu sorgen, dass die Stiftung ohne Aufbrauchen des Stiftungskapitals ihre Arbeit inhaltlich weiterführen könne. Zudem habe man das Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) in einem Zeitraum über vier Jahre mit 40 Millionen Euro versehen, um auch in diesem Bereich Friedens- und Konfliktforschung zu betreiben.

Die Bundesregierung hält fest, dass man im Sinne der Empfehlung des Wissenschaftsrats einiges auf den Weg gebracht habe und man dies nun aufmerksam beobachten müsse. Vieles liege auch weder in der Hand des Bundestages noch der Bundesregierung, sondern hänge zum Beispiel auch davon ab, wie sich das Kapitalmarktumfeld bewege.

Berlin, den 7. Oktober 2020

Yvonne Magwas
Berichterstatterin

René Rösper
Berichterstatter

Dr. Michael Ependiller
Berichterstatter

Dr. h. c. Thomas Sattelberger
Berichterstatter

Nicole Gohlke
Berichterstatterin

Kai Gehring
Berichterstatter